

10.01.2018

Stoppt den Waffenhandel!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wichtige Verantwortliche Ihrer Partei haben dieser Tage mit Sondierungsgesprächen zu Koalitionsverhandlungen begonnen. Wir begrüßen es, dass Sie sich trotz aller Differenzen dieser Aufgabe stellen. Als pax christi-Kommission Rüstungsexport wollen wir Sie ermutigen, sich in den Gesprächen für eine neue Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Deutschland und Europa einzusetzen. Das alte Denken ist weltweit gescheitert: Mit militärischen Mitteln und durch Rüstungsexporte in Drittstaaten lassen sich keine Konflikte lösen und keine Stabilität erreichen.

Wir beobachten mit Sorge, dass Waffenexporte aus Deutschland zu humanitären Katastrophen in Ländern führen, die Konflikte mit Gewalt verschärfen. Besonders die sogenannten Kleinwaffen befeuern gewalttätig ausgetragene Konflikte in Krisenregionen. Der syrische Bürgerkrieg und der Krieg im Jemen führen dies deutlich vor Augen. Wie wir beobachten, gelangen von hier gelieferte Waffen und Munition auf öffentliche Märkte und werden von dort von Konflikt zu Konflikt weiter verkauft. Auch deutsche Politiker*innen, die Waffenlieferungen genehmigen, sind für diese Entwicklung mit verantwortlich. Wir fordern Sie deshalb auf: Bleiben Sie standhaft gegen die Lobbyisten der Rüstungsindustrie.

Mit der bisherigen „Ertüchtigungsstrategie“ hat Deutschland insbesondere in Afrika und im Nahen Osten immer wieder autoritäre und korrupte Regime gestützt und damit neue Fluchtursachen geschaffen. Dies stärkt den internationalen Terrorismus und verschlechtert die Sicherheitslage auch in Europa.

Papst Franziskus hat mit Blick auf Konflikte und soziale Ungerechtigkeit wiederholt von einem "Dritten Weltkrieg auf Raten" gesprochen. Gewaltfreiheit müsse als realpolitische Methode zur Konfliktlösung begriffen werden. Wichtig sei, dass immer mehr "nicht das Recht der Stärke, sondern die Stärke des Rechts" anerkannt werde. Die „bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung der Soldatinnen und Soldaten“ bedeutet so gesehen, auf zivile Konfliktbearbeitung zu setzen.

Diese Stärkung des Rechts in den internationalen Beziehungen bedeutet auch, dass wir in Deutschland ein Rüstungsexportkontrollgesetz brauchen, das transparente Begründungen für Waffenexporte einfordert und die Rahmenbedingungen für ein Exportverbot für Kleinwaffen und Munition schafft. Deutschland benötigt eine Regierung, die die Rüstungsindustrie auffordert, auf nachhaltige zivile Produkte umzusteigen.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Hellstern
Sprecher der Kommission Rüstungsexport